Die Freigeldbewegung als Symptom unserer Zeit

Von Prof. Dr. *Eugen Grossmann*

I. Einleitung

Im Titel der nachfolgenden Ausführungen liegt eine Einschränkung und eine Erweiterung, die sich gegenseitig bedingen. Die Einschränkung besteht darin, dass aus dem Komplex von wirtschaftspolitischen Bestrebungen, die unter der Flagge «Freiwirtschaft» segeln, zwei Gegenstände, die nicht im Vordergrunde der Agitation und des öffentlichen Interesses stehen, aus Gründen der Raumersparnis auszuschalten sind. Ich meine die Bewegung für das «Freiland» und die Bewegung gegen die sogenannte «Zinsknechtschaft».

Als Silvio Gesell, der Begründer der freiwirtschaftlichen Bewegung, in die ihm vorschwebende «natürliche Wirtschaftsordnung» das Postulat des «Freilandes» aufnahm, d. h. den Ruf nach Verstaatlichung des Grund und Bodens, um so die «Vorrechte des Grundbesitzes» zu brechen und im Wettlauf der Individuen alle an den gleichen Ausgangspunkt zu stellen, hat er keinen neuen Gedanken ausgesprochen. Die bodenreformerische Bewegung ist alt, sie reicht bis ins 18. Jahrhundert zurück und ist durch andere Vertreter (John Stuart Mill, Adolf Damaschke, Adolf Wagner) schon vor Jahrzehnten in einer den realen Möglichkeiten besser Rechnung tragenden Formulierung (Bodenwertzuwachssteuer, Ankauf von Grund und Boden durch die Gemeinden) verbreitet worden.

Auch die Animosität gegen den Leihzins, gegen die «Zinsknechtschaft», ist nicht neu. Das ganze Mittelalter hindurch hat die Kirche durch Zinsverbote und bis in die neueste Zeit hat, gerade auch in der Schweiz, der Staat durch Festsetzung von Maximalzinsfüssen (bei uns für die Hypothekardarleihen) den Begehren der Schuldner mehr oder weniger nachgegeben, und Versuche, dem Programm der Freigeldler zu entsprechen, hat der französische Sozialist P.-J. Proudhon schon 1849 mit seiner «Banque du peuple», die nach wenigen Monaten zusammenbrach, angestellt.

Vielleicht hängt es mit dem Alter der Probleme «Freiland» und «Zinsknechtschaft» und mit ihrer Vertretung auch durch andere wirtschaftspolitische Richtungen zusammen, das beide nicht im Vordergrunde des öffentlichen Interesses stehen. Die Aufmerksamkeit ist heute vor allem auf das «Freigeld» gerichtet, d. h. eine theoretische Auffassung des Geldes und eine währungspolitische Richtung, die, obwohl seit dem Ende des 16. Jahrhunderts latent vorhanden, unbestrittenermassen doch erst im 20. Jahrhundert durch Silvio Gesell in breitere Kreise getragen worden ist.

Die Freigeldler stellen als wirtschaftspolitische Postulate auf: die Beseitigung der Schwankungen der Wirtschaftslage, der spekulativen Übertreibungen einer-

seits, der Wirtschaftskrisen und Depressionszeiten andererseits. Das soll erreicht werden durch eine Stabilisierung des sogenannten allgemeinen Preisniveaus, worunter man sich den Durchschnittspreis einer Anzahl der gangbarsten Güter, gewöhnlich der sogenannten Grosshandelsgüter, der wichtigsten Rohstoffe und Lebensmittel, vorstellt. Diese Stabilisierung des Durchschnittspreises der Grosshandelsgüter soll durch eine Geldverwaltung erfolgen, welche in Anwendung der Quantitätstheorie des Geldes die Geldmenge immer dann einschränkt, wenn die beobachteten Preise über den Durchschnitt steigen wollen, und die Geldmenge vergrössert, wenn die beobachteten Preise zu sehr zum Fallen neigen. Das wirtschaftliche Gleichgewicht soll aufrecht erhalten werden durch eine Formel, die der amerikanische Nationalökonom Irving Fisher etwas einfacher, der Schweizer Theodor Christen etwas komplizierter gefasst hat. Die Freigeldler beklagen sich, wenn man die Formel von Fisher verwendet. Daher verwenden wir diejenige von Christen [1]), die folgendermassen lautet: $P = c \frac{. K . G}{M}$, wobei P das Durchschnittspreisniveau, K die Umlaufsgeschwindigkeit, G das Bargeld, M die Menge der vorhandenen Waren und c den Quotienten aus Nachfrage und Angebot darstellen.

Als Mittel zur Vermehrung der Geldmenge kommen vor allem in Frage die gesteigerte Ausgabe von Banknoten — wobei nicht immer genau gesagt wird, wie die Notenbank das machen soll —, ferner die Bekämpfung der Zurückhaltung von Geld, des «Geldstreikes», durch Umgestaltung des Geldes in ein reines Zirkulationsmittel, was dadurch geschieht, dass es dem «Schwunde» unterworfen wird, d. h. innert eines Jahres einen bestimmten Prozentsatz (5 oder 6 %) an Nominalwert verlieren soll. Eventuell soll die Privatwirtschaft auch durch Steuernachlässe liquid gehalten werden.

Als Mittel zur Verminderung der zirkulierenden Geldmenge kommen die Erhöhung der Diskontsätze, der Verkauf von Wertpapieren durch die Notenbank und die Erhebung von Steuerzuschlägen durch den Staat in Frage.

Dies ist in nuce die Geldtheorie und das währungspolitische Streben der Freigeldler. Noch vor zwanzig Jahren kaum ernst genommen — Fritz Schwarz hat behauptet, dass es im Jahre 1915 in der Schweiz nicht einmal fünf Personen gegeben habe, die etwas von «Freigeld» wussten —, können seine Anhänger seither eine Reihe von Erfolgen buchen.

Am beträchtlichsten sind ihre Erfolge vielleicht in den Vereinigten Staaten von Amerika. Das «Freigeld» hat dort Sukkurs erhalten durch den namhaften Nationalökonomen Irving Fisher. Schon im Jahre 1926 wurde von dem Abgeordneten Benjamin Strong im Kongress eine Bill eingebracht, wonach die Notenbanken verpflichtet wurden, ihre Geschäfte so zu führen, dass das Preisniveau stabil bleibe. Die andauernde Prosperität in den Vereinigten Staaten von Amerika während der Jahre 1924 bis 1929 wurde von vielen Leuten — auch in Europa — als ein Verdienst der Notenbanken betrachtet, bis der Krach von 1929 diese Illusion grausam zerstörte. Seither

[1]) Christen: Das Geldwesen, ein dynamisches System, 1920, S. 35.

sehen wir in den Vereinigten Staaten von Amerika ebenso krampfhafte als bisher vergebliche Anstrengungen, mit monetären Massnahmen die alte Prosperität wieder zu erlangen. Im Juli 1933 proklamierte Präsident Roosevelt als sein Ziel die Wiederherstellung des Preisniveaus von 1926. Die Resultate sind jedoch bisher trotz allem Herumdoktern an der Währung mehr als bescheiden geblieben. Der Grosshandelsindex, der im Jahr 1926 auf $143,_3$ stand und im Juli 1933 auf $98,_7$, ist bis Dezember 1933 erst auf $101,_6$ gestiegen. Der Weg zum Preisniveau von 1926 ist also noch ziemlich weit!

In England haben gewisse Kreise (Keynes!) Neigung zu ähnlichen Experimenten. Auf internationalem Boden wandelt das Arbeitsamt des Völkerbundes seit 1925 in freigeldlerischen Gedankengängen, bis im Jahre 1928 die Behandlung an die Golddelegation des Finanzkomitees überging. Auch auf der Weltwirtschaftskonferenz vom Juli 1933 erntete das Freigeld einige Komplimente.

In der Schweiz haben die Freigeldler durch Beeinflussung einiger Kantonsregierungen es 1933 durchgesetzt, dass der Bundesrat die Veranstaltung einer Konferenz mit Freigeldlern versprach, die dann aber wieder abgesagt wurde.

Die Paradestücke der freigeldlerischen Propaganda aber sind die Experimente in der kleinen Tiroler Gemeinde Wörgl und in dem bayrischen Dorf Schwanenkirchen.

Diese Daten zeigen, dass die Bewegung im Ausland und sogar in der Schweiz von einer gewissen Bedeutung ist. Nicht nur jeder Nationalökonom, sondern bald auch jeder Aktivbürger muss sich mit ihr auseinandersetzen. Dies ist denn auch schon reichlich geschehen. Ich verweise auf die Schriften von Böhler [1]) und v. Mühlenfels [2]) und besonders auch auf die auf genauer Kenntnis der währungstechnischen Details beruhende Abhandlung von Dr. Ackermann [3]), Vorsteher des statistischen Bureaus der Schweizerischen Nationalbank.

Auf alle Einzelheiten der geldtheoretischen Kontroverse wie der währungspolitischen Vorschläge, die in diesen Schriften eingehend diskutiert werden, kann ich hier nicht eingehen. Aber das ist auch gar nicht nötig. Ob «Freigeld» für uns eine wirtschaftspolitische Realität werden wird, das wird nicht von der Stellungnahme der Nationalökonomen und Statistiker abhängen, vielleicht nicht einmal von der Stellungnahme der für die Währung verantwortlichen Behörden, sondern es wird darauf ankommen, ob gewisse, im Geiste unserer Zeit liegende, dem Freigeld günstige Momente auf das Denken und Wollen der Volksmehrheit Einfluss gewinnen können oder nicht.

Schon im Titel der Abhandlung — und darin liegt die Erweiterung, von der oben die Rede war — ist das für die Freigeldler vielleicht erfreuliche Zugeständnis enthalten, dass die Freigeldbewegung ein Symptom unserer Zeit ist und dass in der Wirtschaft und in der wirtschaftspolitischen Gesinnung der lebenden Generation gewisse Momente sich vorfinden, die die freigeldlerischen Erfolge erklären. Eine solche Erklärung, ein solches «Verstehen» — wie

[1]) Vgl. E. Böhler: Freigeld. Ein Weg aus der Krise? 1933.
[2]) Vgl. A. v. Mühlenfels: Die Kritik der Freigeldwährung, 1933.
[3]) E. Ackermann: Freigeld und Wirklichkeit, 1933.

Sombart sagen würde —, scheint mir unerlässlich zu sein. Können wir darüber Klarheit schaffen, dann werden die Freigeldler die Grenzen, die ihren Bestrebungen gesetzt sind, erkennen und ihre Gegner das Mass der Bedrohung ihrer Position überblicken, und beiden Parteien wird damit vielleicht ein Dienst geleistet sein.

II. Die freigeldlerische Mentalität

Der Geist einer jeden Epoche ist in ihrem Denken und in ihrem Wollen zu suchen. Sehen wir zunächst zu, ob und inwieweit das Denken der Freigeldleute in der Mentalität unserer Zeit verwurzelt ist.

Ein erstes Symptom möchte ich erblicken in der feindseligen Einstellung vieler Zeitgenossen gegen das Fachwissen und gegen die Fachleute überhaupt. Wie auf politischem Gebiete die Equipe der erfahrenen Parlamentarier von zum Teil bisher politisch völlig indifferenten Schichten kurzerhand aufgefordert wird, vom Schauplatz abzutreten, so steht auch die Arbeit des Fachgelehrten heute nicht hoch im Kurse. Kommen Geisteswissenschaften, wie Geschichte, Philologie und Philosophie meist noch mit der verächtlichen Qualifizierung als «brotlose Künste» davon, so steigert sich dieser wissenschaftsfeindliche Geist bei den Disziplinen, die sich unmittelbar mit dem menschlichen Wohlergehen befassen, mitunter bis zum Hasse. So führt die Medizin schon seit Jahrzehnten einen heftigen Kampf mit Naturheilkünstlern aller Art, so müssen die lange angestaunten, fast angebeteten Ingenieurwissenschaften sich heute heftige Vorwürfe von den Arbeitslosen gefallen lassen, die das allzu stark gestiegene Produktionsvermögen der Maschine für ihr Elend verantwortlich machen, und so wird auch der Nationalökonomie mit Hohn entgegengehalten, dass sie keine Auskunft geben könne, wie der schweren Wirtschaftskrise, die wir seit Jahren durchleben, abzuhelfen sei [1]). Was Wunder. wenn unter diesen Umständen Laien aller Art mit der Kühnheit, die sich aus der Unkenntnis der Schwierigkeiten des zu meisternden Problems ergibt, sich auf Lösungen stürzen und dabei dem Eifer des Neophyten, ja nicht selten dem Fanatismus des Monomanen verfallen.

Aufs engste verwandt mit dieser Geringschätzung des fachlichen Wissens steht der chiliastische Glaube an die Möglichkeit von Wundern. Wie der Kranke, dem der Arzt nicht helfen kann, seine Zuflucht zu allerlei Wunderdoktoren nimmt, so glauben heute viele Verzweifelte, die keinen Ausweg aus der Not mehr sehen, an allerlei Zauberformeln, welche ihnen die wirtschaftliche Gesundheit wiederbringen sollen. In eine Zeit, in der der alte Glaube an die Heilkraft sozialer Systeme (Liberalismus, Sozialismus) abgelöst ist durch den der Verzweiflung entsprungenen Glauben an die Allmacht und Allwissenheit bestimmter Personen, die fast wie Götter verehrt werden, in eine solche Zeit

---

[1]) Was für Blüten die Verzweiflung darüber treibt, ist aus einem Erguss der «Evangelisch-sozialen Warte» (zitiert in Freiwirt. Zeitung vom 10. Februar 1934) zu ersehen, wo den Professoren der Nationalökonomie mit Gehaltssperre gedroht wird bis zu dem Moment, wo sie sich auf einen einzigen (!) vernünftigen Vorschlag zur Bekämpfung der Krise geeinigt haben werden.

passt es durchaus, dass man einer mathematischen Formel und einigen Hebelgriffen der Notenbank die Fähigkeit zuschreibt, die wirtschaftlichen Geschicke ganzer Völker zur allseitigen Zufriedenheit zu regeln.

Es wäre aber ungerecht, alle Anhänger des «Freigeldes» für an der Wissenschaft irre gewordene Desperados zu erklären. Manche von ihnen haben ernste nationalökonomische Studien gemacht und sind durchaus im Besitze des seelischen Gleichgewichtes geblieben. Interessant ist nun aber die Wahrnehmung, dass, soweit die Freigeldler Nationalökonomie treiben, sie sich mit Haut und Haar einer nationalökonomischen Richtung verschrieben haben, die, obgleich sie noch heute zahlreiche Vertreter besitzt, tatsächlich als ein Anachronismus in unsere Zeit hineinragt. Die Lehre vom Freigeld ist gänzlich von dem Geist inspiriert, den Sombart die «ordnende Nationalökonomie» genannt hat, d. h. ihre Grundauffassung geht dahin, dass das wirtschaftliche Leben sich nach bestimmten Gesetzmässigkeiten abspiele, Gesetzmässigkeiten, die mit Naturgesetzen zu vergleichen sind.

Obgleich diese Richtung auf dem exaktesten Teilgebiet der Nationalökonomie, dem Gebiet der Statistik, mit ihrem Versuch der Begründung einer «sozialen Physik» durch den belgischen Statistiker Adolphe Quetelet — der eigentlich Astronom war — vor einem Jahrhundert schon Schiffbruch gelitten hat, indem der «homme moyen», der durchschnittliche Mensch, der eine bestimmte Zahl von Kilogramm wiegt, eine bestimmte Zahl Glas Bier im Jahre trinkt, eine bestimmte Zahl von Kilometern in der Eisenbahn fährt usw., als eine reine Fiktion erkannt wurde, so zählt in der theoretischen Nationalökonomie diese Richtung, weil sie dem übermässigen Respekt vor den Naturwissenschaften, die unsere Zeit charakterisiert, entspricht, bis auf den heutigen Tag zahlreiche Vertreter, gerade auch auf dem uns hier beschäftigenden Gebiete der Lehre vom Gelde und von den Wirtschaftskrisen. Da werden immer noch sogenannte «Krisentheorien» auf alle wirtschaftlichen Störungen angewendet und bestimmte Aussagen über den Zeitpunkt und die Art ihrer Beendigung gemacht, unbekümmert um die Tatsache, dass alles wirtschaftliche Geschehen und also auch alle Konjunkturgestaltung eine Folge von einmaligen historischen Ereignissen ist, die, trotz gewisser Ähnlichkeit mit früheren Ereignissen, eben doch aus sich selbst heraus zu beurteilen sind.

Da wird von einem ganzen Stab von ersten Vertretern der Theorie und Praxis der ganzen Welt in einer Expertenkommission des Völkerbundes jahrelang darüber diskutiert, ob wohl die Meinung des schwedischen Nationalökonomen Gustav Cassel richtig sei, wonach eine wirtschaftliche Depression eintreten müsse, wenn die Goldproduktion jährlich nicht um mindestens 3 % zunehme — wie wenn dem Goldgelde heute, im Zeitalter des Abrechnungs- und Giroverkehrs, noch eine grosse Bedeutung für die Wirtschaftslage zukäme!

Kann man bei einer solchen Geistesverfassung der Fachgelehrten den Amateurnationalökonomen des «Freigeldes» einen Vorwurf daraus machen, wenn sie erst recht sich den komplizierten volkswirtschaftlichen Prozess als ein einfaches Rechenexempel vorstellen, das eigentlich jeder Sekundarschüler lösen kann?

Tatsächlich hatte Silvio Gesell und namentlich sein aus der Gilde der Mathematiker hervorgegangener Schüler Theodor Christen eine Auffassung vom Wirtschaftsleben, die als weltfremd und simplistisch zu bezeichnen ist. Was soll man dazu sagen, wenn Gesell z. B. schreibt [1]), dass beim Freigeld «Ware und Geld unter Druck, und zwar unter dem gleichen Druck stehen. Der Preis kann jetzt vollkommen dynamisch als Wirkung einer der Ware und dem Gelde eigenen Kraft begriffen werden.» Oder wenn er an einer anderen Stelle sagt: «Wir arbeiten und werfen unsere Produkte auf den Markt — das Angebot; das Reichsgeldamt betrachtet (!) das Angebot und wirft (!) ein entsprechendes Quantum Geld auf den Markt — die Nachfrage.»

Dieses Aufeinanderlosmarschieren und Zusammenstossen von Warenmassen und Geldmassen hat vielleicht einmal stattgefunden. Sombart [2]) bringt interessante Beispiele mit dem Hinweis auf die Messen in Vera Cruz und Portobello in der frühkapitalistischen Zeit, wo die Preise für die aus Europa eingeführten Waren, die verkauft werden mussten, tatsächlich von dem Quantum Silber und Gold abhingen, das die Eingeborenen mitgebracht hatten — aber heute, im Zeitalter der Eisenbahn und des Telegrammes, der Börse und des Kreditgeldes, geht die Preisbildung denn doch nicht mehr so primitiv vor sich. Heute ist es klar, dass nicht entseelte Goldmengen und Warenmassen, die einander gegenüberliegen, den Preis bestimmen, sondern die Wünsche und Begierden von Millionen von Konsumenten, die in aller Herren Länder zerstreut sind, und die Absatzbedürfnisse und Lohnansprüche von Millionen von Produzenten, die gleichfalls über die ganze Erde ausgebreitet sind. Welche Vermessenheit ist es, dieses ungeheure Durcheinander von sich jagenden telegraphischen Bestellungen und Börsentermingeschäften in eine einfache mathematische Formel bringen zu wollen!

Der Grundirrtum der Freigeldler ist ihre falsche Vorstellung vom Wesen des Geldes. Aber auch daraus kann man ihnen keinen Vorwurf machen, da, wie der englische Schatzkanzler Gladstone schon vor Jahrzehnten sagte, nicht einmal die Liebe so viele Menschen verrückt gemacht hat wie das Nachdenken über das Wesen des Geldes, und da auch in der wissenschaftlichen Nationalökonomie bis auf den heutigen Tag keine Übereinstimmung darüber herrscht.

In gar zu vielen Köpfen lebt noch die handwerksburschenartige Vorstellung, dass, um etwas kaufen zu können, man ein gefülltes Portemonnaie haben müsse. Der ganze «grosse Zahlungsverkehr», der Verkehr unter den Grossindustriellen, Grosskaufleuten, Banken, Versicherungen, der sich über Abrechnungs- und Girokonti, ohne Banknoten und Metallgeld, abwickelt und in die Milliarden geht — in der Schweiz betrug er im Jahre 1933 fast 50 Milliarden, weit weniger als in normalen Zeiten (1929 = 92,$_1$ Milliarden) —, ist ein einziges Dementi dieser Auffassung. Sogar der Kleinverkehr spielt sich schon in beträchtlichem Masse über das Postgiro ab (in der Schweiz 1933 = 27,$_8$ Milliarden), und in Hamburg war schon vor dem Kriege ein Giroverkehr eingerichtet,

[1]) Silvio Gesell: Die Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung. Ausgabe 1932. S. 35.

[2]) Vgl. W. Sombart: Der moderne Kapitalismus, 2. Auflage, 1. Bd., S. 547.

bei dem Beträge bis zu 10 Pfennigen herab gutgeschrieben und belastet werden konnten [1]).

Tatsächlich ist eine Wirtschaftsordnung ohne Geld im Sinne von handgreiflichen Zahlungsinstrumenten durchaus denkbar, und nichts wäre vielleicht geeigneter, sie herbeizuführen, als die Einführung des «Schwundgeldes», das ja eine förmliche Prämie auf die Vermeidung von Barzahlungen wäre. Entgegen der Meinung der Freigeldler kauft nicht «das Geld», das sie für den «nervus rerum», den «Regenten der Welt» halten [2]), die Waren, sondern die Einkommen bzw. die Vermögen, die in Sachwerten und Forderungen bestehen und nur im Momente des Tausches — bei bargeldloser Zahlung nicht einmal dann — die Gestalt des Geldes annehmen. Das moderne Wirtschaftsleben ist ein ungeheurer Austausch von Waren, Dienstleistungen, Transportleistungen, Kreditgewährungen, Versicherungsleistungen usw., die in allen möglichen Kombinationen vorkommen. «Geld» ist dabei freilich unentbehrlich, aber nicht als Zahlungsinstrument, sondern als wertbeständige Rechnungseinheit, als Generalnenner, auf den alle jene heterogenen Dinge zurückzuführen sind. Die alte Streitfrage, ob diese «Rechnungseinheit» nach der Auffassung der Metallisten die Form eines glänzenden Dinges haben muss, nach dem jedermann ein unnennbares Sehnen hat, oder nach einer moderneren Auffassung in einer Vorstellung von «Kaufkraft» besteht, mit der jeder — je nach seinem Vermögen und Einkommen und seinen Lebensgewohnheiten — konkrete Gedanken an verschiedenartige materielle und immaterielle Desiderata, zu denen sogar die Freude am Sparen gehört und um deren Präponderanz in seiner Brust der Kampf geht, verbindet, diese alte Streitfrage können wir hier beiseite lassen. Wesentlich für die Funktion des Geldes als Rechnungseinheit ist, dass die Mitglieder der Volkswirtschaft es für wertbeständig halten, was vor allem durch die Knappheit der Geldversorgung erreicht wird, beruhe diese Knappheit nun auf der begrenzten Ergiebigkeit der Goldminen oder auf einer vorsichtigen Dosierung des Verkehrs mit papierenen Zeichen, die überhaupt keine Beziehung zum Edelmetall haben, wie das seinerzeit bei der deutschen Rentenmark von 1923 der Fall war, die auf Bodenwerten fundiert war.

Ist die Geldtheorie der Freigeldler aber prinzipiell falsch, so sind natürlich die schönen mathematischen Formeln, die namentlich Christen ausgearbeitet hat, erst recht falsch. Wenn Christen sagt: «Der Durchschnittspreis sämtlicher Waren des Marktes ist proportional dem Produkt aus der im Lande vorhandenen Geldmenge und ihrer Umlaufsgeschwindigkeit, dividiert durch die auf dem Markte vorhandene Warenmenge [3])», so übersieht er, dass er mit diesem Satze nichts weiter ausspricht als die Tautologie, dass die Einnahmen der Verkäufer gleich sind den Ausgaben der Käufer. Gar nichts gesagt ist mit dieser Formel dagegen über das kausale Verhältnis von Preisen und Geldmenge. Die Preise und Warenmengen können nach dieser Formel ebensogut die Geldmenge und die Umlaufsgeschwindigkeit bestimmen wie umgekehrt. Gewiss gibt es

[1]) Vgl. G. Obst: Das Bankgeschäft, 4. Aufl., 1920. I, S. 109.
[2]) Vgl. F. Schwarz: Gegen das Freigeld. Hundert Einwände und Bedenken, 1924, S. 57.
[3]) Th. Christen: Das Geldwesen. Ein dynamisches System, 2. Aufl., 1932, S. 34.

Fälle, namentlich Stadien der Hochinflation, wo das dahinschwindende Ansehen des Geldes immer höhere Preise provoziert, obgleich auch in solchen Fällen nicht übersehen werden darf, dass umgekehrt das Hinaufklettern der Preise zur Ausgabe immer grösserer Mengen von Papiergeld zwingt. Die Aufgabe der freigeldlerischen Theorie wäre nun aber der Nachweis, dass immer die Geldmenge und die Umlaufsgeschwindigkeit der primäre, der Preis der sekundäre Faktor sei. Steht das nicht fest, dann ist es in vielen Fällen aussichtslos, den Preis durch die Regulierung der Geldmenge beeinflussen zu wollen. Und der Fälle, wo die Geldmenge ohne Wirkung auf die Warenpreise ist, sind in der Tat gar viele.

In den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Lande, wo man ja heute viel auf «Freigeld» hält, war die Geldmenge von 1926—1930 fast stabil, nämlich $4{,}_5$—$4{,}_9$ Milliarden Dollar, während der Grosshandelsindex beständig sank, von 100 auf zirka 86. Warum? Weil die Geldmenge zu einem erheblichen Teile von Börsenspekulationen absorbiert wurde. Zu solchen Paradoxa gelangt man, wenn man immer nur die Vorgänge auf dem Warenmarkte — und dazu noch meist nur die auf dem Grosshandelsmarkte und nicht auch die im Detailhandel — und das Geld miteinander vergleicht und die tausendfältigen Vorgänge auf dem Effekten-, Kredit-, Arbeits-, Frachten- und Versicherungsmarkte vernachlässigt.

Hat es bei einer so offensichtlichen Unzulänglichkeit der nationalökonomischen Grundauffassung noch einen Sinn, am Detail des freigeldlerischen Denkens Kritik zu üben? Alles, was darüber gesagt werden kann, ist schon gesagt worden.

Es steht fest, dass der Durchschnitt der Grosshandelspreise zu einem grossen Teile durch die Preise von Welthandelsartikeln beeinflusst wird, über die die Regierung und die Notenbank sogar von grossen Ländern und a fortiori von kleinen Ländern überhaupt keine Macht haben. Beim schweizerischen Grosshandelsindex fällt mehr als die Hälfte der berücksichtigten Werte auf Waren ausländischer Provenienz [1]).

Es steht fest, dass das wirtschaftliche Wohlergehen des Einzelnen wie ganzer Bevölkerungsgruppen nicht vom Durchschnitt aller Grosshandelspreise, also auch von Preisen von Waren abhängt, die zum grossen Teil gar nicht im Inlande erzeugt werden, ja nicht einmal von den Gross- oder Kleinhandelspreisen derjenigen Waren, die gänzlich im Inlande produziert werden, sondern von dem durch Zinsen, Löhne, Steuern usw. entscheidend beeinflussten Nettoerlös, vom Reingewinn, der überdies auch nur eine nominelle Grösse ist, deren reale Bedeutung sich erst aus den Preisen der Verbrauchsgüter ergibt. Wer also die wirtschaftliche Lage der Menschen stabilisieren will, der hat die Aufgabe, nicht nur die Bruttopreise der Waren in allen Branchen des Wirtschaftslebens zu stabilisieren, sondern auch die Zinsen, die Löhne, die Steuern, die Frachten, die Lebensgewohnheiten, die Einfuhr und Ausfuhr, die Geburten, die Sterbe-

---

[1]) Vgl. Grundlagen der periodischen statistischen Erhebungen des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, S. 9.

fälle, die Wanderungen — kurzum das ganze gesellschaftliche Leben zu einer versteinerten Mumie zu machen.

Es steht weiter fest, dass die in der scheinbar so exakten mathematischen Formel stehenden Grössen — wie Böhler richtig gesagt hat — lauter Unbekannte sind. Das ist eine merkwürdige Mathematik, die mit lauter Unbekannten operiert! Kein Mensch kennt die umlaufende Geldmenge genau — viel davon wird im Inland und sogar im Ausland thesauriert — kein Mensch kennt «die auf dem Markte vorhandene Warenmenge» auch nur annähernd. Das beste statistische Amt kennt nicht mehr als die Preise einiger hundert typischer Waren, wo es Zehntausende verschiedener Waren gibt, und kein Mensch wird je die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes feststellen können, es sei denn. man gäbe jedem Rappenstück einen Statistiker mit auf seinen Weg, der dann seine Beine in Zürich natürlich anders anstrengen müsste als in einem Seitental des Kantons Wallis. Nur wer niemals ernstlich wirtschaftsstatistisch gearbeitet hat, kann sich täuschen über die unüberschreitbaren Grenzen, die einer genauen Erfassung aller dieser Momente — und die Mathematik muss genau sein oder sie ist keine Mathematik — entgegenstehen.

Aber schon der einfache, gesunde Laienverstand genügt, um die Unmöglichkeit der Methoden zur Regulierung der Geldmenge, die das «Freigeld» vorschlägt, einzusehen. Silvio Gesell sagt: «Da das Freigeld nur für den unmittelbaren Warenkauf gesucht wird, so ist es auch selbstverständlich, dass die Notenbank das von ihr auszugebende Geld nur unter Personen unterbringen kann, die unmittelbaren Bedarf an Waren haben, die also das erhaltene Geld unmittelbar auf den Markt bringen. So ist es vollkommen sicher (!), dass, wenn die Notenbank am Morgen Geld ausgibt, um die Preise zu heben, dieser Einfluss sich bereits am Abend fühlbar gemacht haben wird [1]).»

Leicht gesagt und schwer getan! Beliebige Geldvermehrung ist zwar möglich. Man braucht nur eine Notenpresse dazu, wobei man immerhin riskiert, dass der Verkehr eines schönen Tages die Noten zurückweist oder anfängt, in Edelvaluten zu rechnen oder sogar in solchen zu zahlen. Schwerer ist die Geldverminderung. Nur mit Massnahmen, die im Machtbereich der Notenbank liegen, ist da, wie auch das «Freigeld» zugesteht, unter Umständen nicht auszukommen. Bei lebhafter Konjunktur nützt auch ein hoher Diskontsatz nichts. Kreditsperre seitens der Notenbank aber kann höchst fatale Folgen für die Wirtschaft haben, und der Verkauf von Wertpapieren seitens der Notenbank setzt erstens ein unter Umständen sehr grosses Wertschriftenportefeuille und zweitens aufnahmewillige Käufer voraus, die unter Umständen sich erst zeigen. wenn die Bank zu für sie sehr unvorteilhaften Kursen verkauft.

Auch Steuerzuschläge sind eine zweifelhafte Sache. Was soll man machen mit den Steuererträgen? Soll der Staat Schulden tilgen? Dann wird an anderer Stelle gebundenes Geld frei, indem dann eben das den Steuerzahlern weggenommene Geld in die Hände der Staatsgläubiger übergeht. Das Parlament wäre wahrscheinlich schon bereit, die unverhoffte Einnahme in neuen Aus-

---

[1]) Silvio Gesell: Die Ausbeutung, ihre Ursachen und Bekämpfung. Ausgabe 1932, S. 38.

gaben festzulegen, die dann aber nach dem Gesetz der Trägheit auf der Wirtschaft auch lasten bleiben würden, wenn an Stelle der Hochkonjunktur die Krise und Depression träte. Ausserdem ist die Erhebung von Steuern bekanntlich keine Massnahme, die so rasch wirkt wie etwa eine Diskonterhöhung.

Bleibt also das berühmte «Schwundgeld». Für die meisten Leute ist das Schwundgeld überflüssig, weil ihr Geldbeutel gegen Monatsende ohnehin regelmässig an Schwindsucht leidet. Aber sogar diese Leute, für die das Geld immer ein reines Zirkulationsmittel ist, bleiben nicht verschont von den Formalitäten, Unbequemlichkeiten und Unappetitlichkeiten, die dieses papierene, mit Klebemarken bespickte Kleingeld für den Verkehr mit sich bringt. Die Erfinder des «Schwundgeldes» haben auch völlig übersehen, dass es neben der Hortung von Banknoten noch andere Mittel der Thesaurierung gibt (Anlage in Schmucksachen, Teppichen, Gemälden usw.).

III. Das freigeldlerische Wollen

Nach der Analyse des Denkens der Freigeldanhänger wollen wir einen Blick werfen auf die Charakteristika ihres Wollens. Eine zutreffende Würdigung ist nicht ganz leicht, weil dieses Wollen manche sich widersprechende Züge aufweist.

Im Vordergrunde steht ohne Zweifel ein tiefes Sehnen nach Ruhe und Stabilität. Wer die Schwankungen der Konjunktur an sich schon für ein Übel hält, wer übersieht, dass jede Stabilisierung der Preise von irgendeiner Bevölkerungsgruppe — seien es nun Landwirte, Industrielle, Arbeiter, Beamte oder Rentner — als ungerechte Konsekration des gegenwärtigen Zustandes und grausame Zumutung, auf eine spätere Korrektur zu verzichten, empfunden wird, und wer sie dennoch befürwortet, der hat eine Wirtschaftsgesinnung, die dem quietistischen Rentner- und Beamtenideal entspricht, aber er hat den Unternehmungsgeist — die wichtigste Triebfeder der kapitalistischen Wirtschaftsordnung — gänzlich abgestreift. Er scheut den Kampf um den Absatz, um den Preis, um die Gestehungskosten, um den Gewinn und verlangt vom Staate bzw. vom Währungsamte ein in seiner Höhe gesichertes Einkommen. Gewiss steht das «Freigeld» mit dieser Gesinnung heute nicht allein, heute, wo der Staat der Landwirtschaft Preise garantiert, die Exportindustrie vor Valutaverlusten schützt, den Inhabern von Bankdepositen und Lebensversicherungspolicen zu Hilfe kommt, aber alle diese Interventionen haben doch offensichtlich den Charakter hastiger Improvisationen, die unter dem Druck der Wähler den Regierungen vom Parlament aufgezwungen werden, während das «Freigeld» nicht durch solche sich oft widersprechende Massnahmen, sondern durch das Wirken einer mathematischen Zauberformel die Kirchhofsstille der konjunkturlosen Wirtschaft herbeiführen will.

In merkwürdigem Widerspruch zu dieser harmlosen Rentner- und Beamtengesinnung steht die fast revolutionäre Energie, mit der das «Freigeld» auf sein Ziel — die stabile Wirtschaft — hinsteuert. Fritz Schwarz, der Führer der schweizerischen Freigeldbewegung, hat an einer Stelle in wohl bewusstem Gegensatze zu dem Rathenauschen Wort, wonach die Wirtschaft «unser Schicksal»

ist, den Satz ausgesprochen, dass «die Krisenfolgen heute nur deshalb stärker empfunden werden als früher, weil man allmählich spürt, dass sie nicht mehr sein müssen» [1]). Und ganz im Einklang mit dieser Auffassung steht die von Silvio Gesell selbst. In seinen Werken wird zwar immer und immer wieder der liberale Grundcharakter, an einer Stelle sogar der fast manchesterliche Charakter seiner «natürlichen Wirtschaftsordnung» betont. Es wird hervorgehoben, wie es sich in einer natürlichen Wirtschaftsordnung darum handle, den Wettkampf der Individuen als einen Wettkampf auf «vollkommener Ebene», mit gleichen Waffen, zu gestalten — durch Aufhebung der Vorrechte des Geldes und des Grundbesitzes [2]) —, und de facto ist Gesell durch sein Bestreben, durch Stabilisierung der Preise mittels amtlicher oder halbamtlicher Eingriffe die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung, d. h. ihr Einkommen, zu stabilisieren, doch nichts anderes als ein Staatssozialist grössten Stiles. Wie sehr Gesell ob dem Ziel den Weg aus den Augen verlor, das wird wohl durch nichts besser belegt als durch die Tatsache, dass er, der Liberale, der Manchestermann, der den «Aufbau der Wirtschaftsordnung auf dem Eigennutz» als zweckmässig empfahl, im April 1919 einwilligte, als Finanzminister in die Regierung der bayrischen Räterepublik einzutreten. Die Ungeduld, ein «Wunder» zu schaffen, liess ihn offenbar gar nicht zur Prüfung der Frage kommen, ob just die bayrische Räteregierung ein zur Schaffung der «Freiwirtschaft» geeignetes Organ sei. Und die gleiche Ungeduld, das ideale Geldsystem zu verwirklichen, treffen wir auch bei den erwähnten Experimenten in der bayrischen Gemeinde Schwanenkirchen und der österreichischen Gemeinde Wörgl an, Experimente, die selbst dem ruhigen Berner, der die schweizerische Freigeldbewegung dirigiert, staunende Worte über das «Wunder von Schwanenkirchen» entlocken [3]).

Dieser Wunderglaube kommt ja nicht von ungefähr. Fundiert ist er einerseits in einer geldtheoretischen Überzeugung, die, trotz schärfster Exaktheit der Formulierung, materiell ein schwerer Irrglaube ist, anderseits in einem Glauben an die Allmacht des Staates bzw. der Notenbank, des Währungsamtes, die keiner teilen wird, der das öffentliche Leben mit der Skepsis betrachtet, die nur zu sehr am Platze ist. Mit Recht hat Prof. Gregory (London) hervorgehoben [4]), wie die als Aktiengesellschaften aufgezogenen Notenbanken als Kinder der liberalen Epoche in die Gegenwart der Sozialisierung und der wilden Klassenkämpfe hineinragen und wie kühn es wäre, zu glauben, dass sie einer staatlichen Pression standhalten könnten ohne Rückhalt an den Deckungsvorschriften. Und Böhler hat treffend betont, wie die Verpolitisierung des Geldwesens dieses dem «Wunschdenken» ausliefern und so einen neuen Faktor der Unsicherheit schaffen würde [5]). Gerade bei uns in der Schweiz, wo in letzter

---

[1]) F. Schwarz: Kampf der Absatzkrise und der Arbeitslosigkeit. Bern 1931, S. 8.

[2]) Silvio Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, 3. Aufl., 1919. S. IV und V.

[3]) F. Schwarz: Vorwärts zur festen Kaufkraft des Geldes und zur zinsbefreiten Wirtschaft, Bern 1931, S. 8.

[4]) T. E. Gregory: The return to gold, 1925, S. 60.

[5]) E. Böhler: Das Freigeld. Ein Weg aus der Krise? 1933, S. 35.

Zeit einige Wahlen in den Bankrat der Nationalbank erhebliches Kopfschütteln erregt haben, ist eine gewisse Gefahr nicht abzuleugnen, dass eines schönen Tages der Proporzgedanke, der bei der Bestellung von Kantonalbankleitungen bereits zur Anwendung gelangt, auch bei Wahlen in das Direktorium der Nationalbank herangezogen werden könnte und wir Notenbankleiter erhalten könnten, die in erster Linie nicht Währungstechniker, sondern «Exponenten einer Machtgruppe» wären.

Gegen alle derartigen Entwicklungen bietet die Fesselung der Geldschöpfung an das Gold einen gewissen Rückhalt — ein Rückhalt, der gewiss eines Tages sich als Illusion erweisen könnte, wenn infolge irgendwelcher mineralogischer oder chemischer Entdeckungen die Goldproduktion ins Ungemessene gesteigert würde; aber selbst gegenüber solchen Möglichkeiten, gegenüber der Einrede, dass bei der Goldwährung der Entscheid über die Geldmenge dem Zufall überantwortet sei, behält das Wort von K. Helfferich seine Gültigkeit, dass man in den Zufall immer noch grösseres Vertrauen setzen dürfe als in die Weisheit der Menschen.

Die «Verpolitisierung des Geldwesens» wird namentlich dann zur Gefahr, wenn sie zeitlich zusammenfällt mit Bewegungen, die eine künstliche Änderung des Geldwertes erstreben. Die scharfe Senkung der Unternehmergewinne, die selten von einer entsprechenden Senkung der Schuldzinsen begleitet war, hat die Schuldnermoral zermürbt, und der durch den Krieg und seine wirtschaftlichen Folgen schon schwer erschütterte Sinn für Vertragstreue und Erfüllung einmal übernommener Rechtspflichten würde zweifellos eine verhängnisvolle weitere Schwächung erfahren, wenn auch in Europa die überschuldeten Bauern, Gewerbetreibenden und Hotelbesitzer nach dem Vorbild ihrer amerikanischen Kollegen den Satz von Silvio Gesell, dass man «den Zins in einem Meer von Kapital ersäufen müsse», akzeptieren würden.

IV. Nutzanwendung auf die Schweiz

Sehnsucht nach wirtschaftlichem Frieden, Auflehnung gegen das wirtschaftliche Schicksal, Ungeduld, das Ende der wirtschaftlichen Depression durch irgendeinen grossen Eingriff des Staates, den man für allmächtig hält, zu beseitigen, gelockerte Schuldnermoral — das alles sind Symptome der Zeit, die an sich für das «Freigeld» gute Aussichten bedeuten könnten.

Und dennoch hat die freigeldlerische Agitation wohl in keinem Lande so geringe Chancen, ihr Ziel zu erreichen, wie gerade in der Schweiz. Den stolzen Propheten eines baldigen Sieges des Freigeldes ist ein aufmerksames Studium der politischen Statistik — ohne Volksabstimmung auf eidgenössischem Boden wären Währungsreformen von solcher Tragweite ja nicht zu verwirklichen — und besonders der Wirtschaftsgesinnung des Schweizer Volkes sehr zu empfehlen. Wo immer wir auch hinblicken, nirgends sehen wir eine Bevölkerungsgruppe, deren Mehrheit eine Bekehrung zum Freigeld zuzutrauen wäre. Allein schon die tiefverwurzelte metallistische Einstellung der Bevölkerung gibt bei uns jedem Währungssystem, das nicht im Golde verankert ist, minime Chancen. Vielleicht kein Volk der Welt, von den Franzosen

abgesehen, ist so in metallistischen Gedankengängen befangen wie das schweizerische. Als Beleg dazu mag dienen, dass sogar Bankkreise — also Menschen, die gewiss einiges Verständnis für die modernen Formen des Zahlungsverkehrs haben — zwischen 1925 und 1928 den Bundesrat und die Nationalbank ununterbrochen bestürmten mit dem Begehren um Wiederherstellung der integralen Goldwährung, d. h. um Wiederherstellung der Einlöslichkeit der Banknoten in Goldmünzen, und dass ein Kollegium vom Range der Zürcher Handelskammer sich damals zu dem Satz verstieg: «dass der solide Sinn unseres Volkes klingendes (!), den Wert in sich verbürgendes Geld verlange [1])».

Man mag diesen handgreiflich-derben, fast bäuerischen Metallismus vom geldtheoretischen Standpunkt aus belächeln, dass er einer sehr vorsichtigen und nüchternen Denkungsart entspringt, wird man nicht ableugnen können. Diese nüchterne Denkungsart tritt sehr stark hervor, sobald es sich darum handelt, den Nutzen irgendwelcher vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Massnahmen vom Standpunkt des eigenen Interesses aus zu beurteilen. Ganz besonders von landwirtschaftlicher Seite ist im Durchdenken aller Konsequenzen der Festwährung in letzter Zeit Hervorragendes geleistet worden, und es ist kaum daran zu zweifeln, dass die «Überraschungsoffensive», die das Freigeld in einigen bäuerlichen Bezirken mit Erfolg geführt hat, schliesslich an dieser reiflicheren Überlegung scheitern wird. Ich verweise auf die klare und aufschlussreiche Broschüre, die Dr. Howald, Vizedirektor des Schweizerischen Bauernverbandes, dem Währungsproblem gewidmet hat, und auf das Flugblatt, das der Schweizerische Bauernverband kürzlich zur Massenverbreitung unter den Bauern herausgegeben hat [2]). Unsere Agrarpolitiker sind sich ganz klar darüber, dass der Landwirtschaft mit der Stabilität des durchschnittlichen Preisniveaus nicht gedient ist. Nicht einmal die Stabilität der Agrarpreise auf einem annehmbaren Niveau bedeutet für die Landwirtschaft schon einen Segen. Worauf es ankommt, das ist, von der Erntemenge abgesehen, die neben dem Preise die Höhe des Bruttoeinkommens bestimmt, das Verhältnis der Agrarpreise zu den Preisen der Güter, die der Landwirt für produktive oder konsumtive Zwecke kaufen muss. Davon hängt die Rendite und das Realeinkommen ab. Mit Recht bringt die Landwirtschaft Manipulationen am Preisniveau Misstrauen entgegen. Eine Stabilisierung der Preise auf dem heutigen Preisniveau wäre gleichbedeutend mit der Stabilisierung der «Rendite» des Aktivkapitals, die 1931/32 noch 1,5 % und 1932/33 Null betrug [3]). Wird aber die Stabilisierung auf einem höheren Preisniveau gesucht, so droht der Landwirtschaft, wie seinerzeit im Kriege, einerseits die durch die Rücksicht auf die Konsumenten diktierte Einführung von Höchstpreisen, anderseits eine

[1]) Vgl. Der Übergang zur Goldwährung, Zürich 1928, S. 13.

[2]) O. Howald: Die Bedeutung der Währungsfrage für die schweizerische Landwirtschaft, Brugg 1933. Ferner: Warum lehnen die Bauern die Entwertung des Schweizerfrankens und das Freigeld ab? Gemeinverständliche Betrachtungen, herausgegeben vom Schweizerischen Bauernverbande, Brugg 1934. — W. Bäggli: Fragmente zur monetären Beeinflussung der landwirtschaftlichen Ertrags-, Produktions-, Existenz- und Kreditverhältnisse (Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 1933, S. 549 ff.).

[3]) Vgl. Botschaft des Bundesrates vom 22. Dezember 1933, S. 27.

Verteuerung der Produktionskosten, die den ohnehin schon schwer mitgenommenen Export von Käse, Kondensmilch, Obst und Zuchtvieh noch weiter erschweren und überdies noch der Gefahr von Repressalien des Auslandes gegen Valutamanipulationen aussetzen würde.

Aber die automatische Erleichterung der Schuldenlast, welche eine durch monetäre Massnahmen bewirkte Preissteigerung herbeiführen könnte? Das ist ja eines der Hauptargumente, mit welchem das «Freigeld» heute, nicht ganz ohne Erfolg, um die Gunst der Landwirte wirbt.

Es lässt sich voraussehen, dass auch dieser Erfolg nur von ephemerer Bedeutung sein würde. Mag die Tatsache, dass die Amortisation der Grundschulden durch eine mehr oder weniger «kontrollierte» Inflation im Endresultat, d. h. nach Vernichtung des Rentenkapitals, nur zu Kapitalverknappung und daher später, nach Abschluss des Inflationsprozesses, zu um so höheren Zinsen führt — das Schicksal der deutschen Landwirtschaft ist hier ein warnendes Exempel — unter der schweizerischen Bauersame auch noch wenig bekannt sein, die andere Tatsache, dass sehr viele Schweizer Bauern neben Grundschulden auch Obligationen und Sparguthaben besitzen, an deren Werterhaltung sie interessiert sind, manchmal sogar in höherem Masse als an den Grundschulden, die nur aus «steuertechnischen» Gründen noch im Grundbuch stehen, werden sie gewiss nicht vergessen, so wenig wie sie im Jahre 1922 — anlässlich der Volksabstimmung über die Vermögensabgabe — die Folgen der Kapitalflucht für die Versteifung des Kapitalmarktes übersehen haben.

Doch verfehlt wäre es, die Einstellung des Bauern zum Entschuldungsproblem als eine reine Frage des Kalküls auffassen zu wollen. So zähe der Erwerbssinn des Schweizer Bauern auch sein mag, nicht minder steht, von Ausnahmen abgesehen, die Ehrlichkeit und Geradheit seiner Gesinnung fest. Mögen amerikanische Farmer Sinn für die Hinwegzauberung ihrer Schulden durch Währungsmanöver haben, dem Schweizer Bauer dürfte er fehlen. Mit Recht sagt das Schweizerische Bauernsekretariat in dem erwähnten Flugblatt (S. 19): «Die Bauersame wird einstehen für Ehrlichkeit und Treue im Geschäftsverkehr. Sie lehnt die Währungsexperimente und das Freigeld ab.» Und Howald weist als allein ehrenhaften Weg auf die individuelle Entschuldung und Betriebssanierung hin, wie sie durch das Mittel der Bauernhilfskassen nun schon seit 1½ Jahren im Gange ist und wie sie nach der ebenfalls schon erwähnten bundesrätlichen Vorlage vom 22. Dezember 1933 (S. 18) noch weiter ausgebaut werden soll.

Noch geringer sind die Aussichten des Freigeldes meines Erachtens im Lager der gewerblichen Unternehmer. Dem Inlandsgewerbe geht es — trotz Krise — heute vielfach noch so gut, dass die monetäre Krisentherapie ihm vorläufig noch ein Buch mit sieben Siegeln ist. Die Exportindustrie allerdings liegt in schweren Nöten. Aber hat sie etwa etwas zu hoffen von einer Hebung der Preise oder auch nur von einer Stabilisierung auf dem jetzigen Niveau, wo im Gegenteil Senkung der Preise und Löhne ihre Parole ist und sie überdies von Währungsmanipulationen handelspolitische Repressalien des Auslandes zu befürchten hat? Ganz abgesehen davon, dass der schweizerische

Exportindustrielle noch viel mehr als der Bauer nicht nur Unternehmer, sondern in sehr vielen Fällen auch Bezüger von Kapitalrenten ist, die wirtschaftlich für ihn oft mehr bedeuten als sein Unternehmergewinn.

Dass die Banken, Versicherungsgesellschaften und Rentner allen Grund haben, die Stabilisierung der Warenpreise, die ja unter den konkonkreten Umständen nur als Hebung und Festhaltung auf einem höheren Niveau, mit andern Worten als dauernde Verkürzung des realen Renteneinkommens gedacht ist, mit Misstrauen zu betrachten, versteht sich von selbst. Und diese Gegnerschaft wird nur der unterschätzen, der nicht weiss, wie in der Volksabstimmung vom 3. Dezember 1922 das Projekt einer Vermögensabgabe mit einer Mehrheit von 6 : 1 gefallen ist.

Und zur völligen Katastrophe müsste ein freigeldlerischer Vorstoss gegen die Grundlagen unserer Währungspolitik werden angesichts der Haltung der Arbeiterschaft und der Konsumenten. Wohl ist es dem «Freigeld» im Jahre 1925 gelungen, den sterbenden Grütliverein für sich zu interessieren, aber was bedeutet dies angesichts der resoluten Absage, welche die massgebenden Arbeitnehmerverbände (Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen, Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände) und die sozialdemokratische Partei der Schweiz erst jüngstens, im März 1932, dem Freigeld erteilten, indem sie betonten, dass «alle Währungsmanöver» abzulehnen seien, weil sie «schliesslich nur die wirtschaftlich Schwachen treffen». Es ist heute Mode, den «Marxismus» für alle Übel der Zeit verantwortlich zu machen. Die Billigkeit erfordert aber, zu konstatieren, dass, wie jedes Ding, so auch der Marxismus seine zwei Seiten hat. Seine dogmatische Ausschliesslichkeit, die für eine ferne Zukunft eine Gefahr sein mag, ist heute ein Bollwerk gegen Gefahren von unmittelbarer Nähe.

Der Konsument wird auch — wie Ackermann sehr gut gezeigt hat (a. a. O., S. 24) — von der Bewegung der Grosshandelspreise, welche das «Freigeld» ja allein stabilisieren will, durchaus nicht immer unmittelbar berührt. Stand doch im Durchschnitt des Jahres 1928 der Grosshandelsindex auf 145 und der Kleinhandelsindex auf 161, der Abstand betrug also 16 Punkte, während im Jahre 1932 der Grosshandelsindex 96, der Kleinhandelsindex 138, der Abstand also 42 Punkte erreichte. Immer hinkt der Kleinhandelspreis einer Senkung des Grosshandelspreises nur zögernd nach, aber gar rasch ändert sich der Detailpreis, wenn der Grosshändler «aufgeschlagen» hat! Es ist zehn gegen eins zu wetten, dass eine Hebung der Grosshandelspreise für die Konsumenten nicht ohne höchst unerfreuliche Folgen bleiben würde.

Ist durch alle diese Einstellungen der massgebenden Bevölkerungsgruppen der freigeldlerischen Krisentherapie der Weg versperrt, so ist damit freilich die Krise selbst um kein Jota gemildert. Es ist nicht meine Aufgabe, hier — sozusagen zum Ersatz — ein eigenes Krisenrezept vorzutragen. Es hat gar keinen Zweck, alle die bis zum Überdruss gepredigten Krisenheilmittel — die Planwirtschaft, die Befreiung des internationalen Wirtschaftsverkehrs aus seinen Fesseln, die Wiederherstellung der Goldwährung, die Senkung der Steuern, Zinsen, Frachten, Preise und Löhne, die Sanierung der überschuldeten Unter-

nehmungen, die Bereitstellung von Notstandsarbeiten usw. — nun hier Revue passieren zu lassen.

So verschieden voneinander, ja diametral entgegengesetzt diese Massnahmen auch sein mögen, eines haben sie gemeinsam: sie gehen alle auf ein genau angegebenes Ziel los. Bei jeder dieser Massnahmen ist auch für den einfachen Mann leicht erkennbar, wer der Angreifer und wer der Angegriffene ist. Mit offenem Visier wird auf diesem Boden gefochten. Der Steuerzahler wie der Arbeiter, der Rentner wie der Landwirt, der Bankier wie der Arbeitslose, die Eisenbahnunternehmung wie der Hotelier, sie alle wissen auf Franken und Rappen genau, welche Opfer man von ihnen verlangt und was man ihnen als Krisenhilfe zuwenden will.

Anders bei der sogenannten monetären Konjunkturpolitik, deren konsequenteste Durchführung das «Freigeld» ist. Hier weiss man, weil jede Änderung des Geldwertes sofort alle Vermögen und Einkommen berührt — wenn auch oft in einer erst nach Jahr und Tag bemerkbaren Weise —, oft lange nicht, wer der Begünstigte und wer der Geschädigte ist. Der gute Glaube der Idealisten und Philanthropen, die das «Freigeld» erfunden haben, mag unangezweifelt bleiben. Aber nur eine fatale Unkenntnis der Welt und des Lebens kann übersehen, dass bei einem solchen Geldsystem es nicht nur zufällig oder fahrlässig Begünstigte und Geschädigte geben würde, sondern auch Betrüger und Betrogene. Eine neue Quelle des Misstrauens, der Zwietracht, des Hasses und des Neides wäre eröffnet, wie wenn unser von furchtbaren sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gegensätzen durchwühltes Geschlecht nicht allen Grund hätte, sich an die paar festen Stangen, die im Wirbel der Zeiten noch stehen geblieben sind, zu klammern.

Ein solcher fester Halt ist die vorläufig noch tief in der Volksseele verankerte Vorstellung, dass das Geld als solches — sei es nun Gold oder Papier, das ist unwesentlich, sofern nur die Geldmenge begrenzt ist — dem Streit der wirtschaftlichen und politischen Parteien entrückt sei und entrückt bleiben müsse. Ein Volk, das diese Überzeugung hat, ist gewappnet für die kommenden schweren Zeiten. Es wird sich nicht irgendwelchen Abenteurern — politischen oder monetären — in die Arme werfen, sondern es wird mit klarem Blick und festem Willen die Probleme meistern, die ihm gestellt sind. Weder die Entschuldung der Landwirtschaft, noch die Sanierung der Eisenbahnen, noch die Durchhaltung der Arbeitslosen, noch die Umstellung und vielleicht der Abbau der Exportindustrie sind Aufgaben, die über unsere ökonomischen Kräfte hinausgehen. Haben wir bisher eine Steuerlast von einer Milliarde getragen, so können wir auch eine solche von $1{,}_{25}$ Milliarden tragen, sofern, wovon wir noch weit entfernt sind, jeder seine Schuldigkeit gegenüber dem Staate tut. Nicht einmal die Einführung vieler neuer Steuern ist dazu nötig, es genügt der gewissenhafte und sachgemässe Vollzug der bestehenden Steuern. Inmitten einer von Fieberträumen geschüttelten Welt hat uns ein gütiges Geschick die Aufgabe gestellt, ein Bollwerk zu sein nicht nur der politischen Besonnenheit, sondern auch der ökonomischen Vernunft. Wir dürfen die Überzeugung haben, dass das Schweizervolk diese Mission erfüllen wird.